



Michael Kappeler (Archiv)

**„Sonst dürfte ein  
Parlamentarier auch keine  
Familie haben – die  
kostet ja auch Zeit.“**

Henning Otte  
CDU-Bundestagsabgeordneter

**„30 Prozent  
aller Einkünfte  
gehen bei der SPD  
an die Partei.“**

Kirsten Lühmann  
SPD-Bundestagsabgeordnete

**„Sinnvoll, damit  
Abgeordnete später  
wieder in ihren Beruf  
zurückkehren können.“**

Thomas Ehrhorn  
AfD-Bundestagsabgeordneter

## „Das gehört zum Mandat“

Celler Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann ist bei Nebeneinkünften Top-Verdienerin

VON KLAUS M. FRIELING

**CELLE.** Nach Recherchen der Transparenzorganisation *abgeordnetenwatch.de* und des Magazins „Spiegel“ haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestags seit Beginn der laufenden Legislaturperiode im Jahr 2017 meldepflichtige Nebeneinkünfte von mindestens 25,1 Millionen Euro erhalten. Die Celler SPD-Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann gehört dabei mit mindestens 331.000 Euro zu den „Top-Nebenerdienern“ unter den Berliner Parlamentariern.

Rund 30.000 Euro erhält Lühmann jährlich allein als Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG. „Das gehört zum Mandat“, betont die verkehrspolitische Sprecherin ihrer Fraktion auf CZ-Anfrage. „Die versteuere ich ganz normal. Zudem gehen bei der SPD 30 Prozent aller Einkünfte aufgrund des Mandats an die Partei.“ Netto blieben ihr aus dieser Aufsichtsratsfunktion monatlich rund 1000 Euro, rechnet die Hermannsbürgerin vor.

Auch ihre Beirats-Tätigkeit bei der Deutschen Flugsicherung basiert auf dem Sprecher-Posten in der SPD-Fraktion. Zwei weitere Aufsichtsratsposi-

ten bei Versicherungen bekleidet die ausgebildete Polizeioberkommissarin in ihrer Funktion als stellvertretende Bundesvorsitzende des Beamtenbundes.

Trotz der vielen nebenberuflichen Tätigkeiten vernachlässigt sie die Bürger in den Kreisen Celle und Uelzen nicht, betont die Volksvertreterin; in ihrem Wahlkreis sei sie präsent und regelmäßig ansprechbar. „Zeitlich geht das alles nur mit einer Sechstageswoche, und Urlaub können Sie knicken“, sagt Lühmann. Sie beklage sich darüber nicht, „das habe ich vorher gewusst. Bundestagsabgeordnete mit zeitaufwändigem Hobby habe ich noch nicht gesehen.“

215 von 709 Abgeordneten haben neben ihrer monatlichen „Abgeordnetenentschädigung“ von 10.083,47 Euro plus steuerfreier Kostenpauschale von 4418,09 Euro Nebeneinkünfte. Das Portal und der „Spiegel“ werteten dazu die Selbstauskünfte der Parlamentarier auf der Internetseite des Bundestages aus. Dort müssen die Politiker die Höhe ihrer Nebeneinkünfte allerdings nur in einem groben Raster aus zehn Verdienststufen angeben – alles unter 1000 Euro interessiert nicht.

„Ich bin im Berger Stadtrat und im Celler Kreistag, dafür erhalte ich 65 und 300 Euro monatlich an Aufwandsentschädigung sowie 450 Euro als stellvertretender Landrat und Mitglied im Kreisausschuss“, sagt Lühmanns CDU-Parlamentskollege Henning Otte aus Eversen, der in der Liste unter „Keine weiteren Einkünfte“ geführt wird.

Lühmanns außerparlamentarisches Engagement kommentiert Otte nicht („Das muss jeder selbst wissen“), sieht dadurch grundsätzlich aber auch kein Problem für die Bundestags-Arbeit. „Sonst müsste man ja auch fragen, ob ein Parlamentarier Familie haben darf – die kostet ja auch Zeit.“

Auf keinen Fall dürften Nebentätigkeiten die Mandatsarbeit überlagern oder die Unabhängigkeit des Abgeordneten infrage stellen, mahnt AfD-Parlamentarier Thomas Ehrhorn („keine weiteren Einkünfte“ außer Kreistagsmandat) aus Jarnsen auf CZ-Anfrage an. „Das Bundestagsmandat sollte bei einem Abgeordneten immer im Mittelpunkt stehen.“ Allerdings wolle seine Partei auch nicht, dass Abgeordnete 40 Jahre im Parlament sind. „Wenn Nebentätigkeiten dazu dienen, dem Abgeordneten zu ermöglichen,

nach Ende des Mandats wieder in den bürgerlichen Beruf zurückzukehren, können sie sinnvoll sein.“

Angeführt wird die Liste der Abgeordneten mit den höchsten meldepflichtigen Nebeneinkünften traditionell von Freiberuflern wie Unternehmensberatern, Rechtsanwälten oder Landwirten. Das hängt damit zusammen, dass diese ihre Bruttoumsätze angeben müssen, nicht den erzielten Gewinn. So gibt der CSU-Abgeordnete Sebastian Brehm als „Spitzenreiter“ der Liste mehr als 3 Millionen Euro für seine Tätigkeit als Steuerberater an – allerdings mit mehreren Kollegen und vielen Mitarbeitern.

Um geheimen Lobbyismus in die Schranken zu weisen, braucht es aus Sicht von *abgeordnetenwatch.de* dringender schärfere Transparenzregeln. Die Regeln seien nicht ausreichend, sagt auch die Celler Abgeordnete Lühmann. Als einfache Verbesserungsmöglichkeit regt sie an, die Parlamentarier zu verpflichten, ihre Steuererklärung zur Prüfung an die Bundestagsverwaltung zu schicken. Fragwürdigkeiten in Sachen Nebeneinkommen sollten dann ja weitgehend ausgeräumt sein.